

## Doppelkrise in der Monarchie.

### Die österreichische Krise.

Wien, 11. Oktober.

Samstag und Sonntag wird der Kaiser dreißig Abgeordnete empfangen. In der Liste befinden sich Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die sich über das Verhältnis zu Oesterreich in Reden, die erst vor wenigen Tagen gehalten worden sind, mit voller Rücksichtslosigkeit ausgesprochen und ihre Bewunderung für die czecho-slowakischen Brigaden kundgegeben haben.

Wer die Zusammenstellung dieser Liste gemacht und nach seinem politischen Urteil es für nützlich gehalten hat, daß auch solche Männer in dieser Krise ihren Rat geben, ist nicht genau festzustellen. In der Regel gehen solche Vorschläge von Regierungsstellen aus. In parlamentarischen Kreisen, die unterrichtet zu sein pflegen, wird erzählt, daß in diesem Falle bei den Einladungen nicht der sonst übliche Weg eingeschlagen worden sei. Die genaue Mitteilung ist jedoch nicht leicht möglich.

Eine formelle Krise ist bisher nicht ausgebrochen und die Wahrheit der Meldung, daß der Ministerpräsident selbst gesagt hätte, seine Stellung sei unhaltbar geworden, wird in politischen Kreisen bestritten.

Der Empfang hat einen doppelten Zweck. Die Abgeordneten sollen dem Kaiser mitteilen, welche Auffassung sie über die Bildung von Völkstaaten und über deren gegenseitiges Verhältnis sowie über deren Beziehung zu Oesterreich haben. Die Parlamentarier sollen dem Kaiser ihre Ansicht über die Grundfrage mitteilen: Wo enden die Grenzen des Selbstbestimmungsrechtes für die Völker und wo beginnt die Möglichkeit des staatlichen Lebens für Oesterreich? Kann neben den Völkstaaten, von denen wir nicht einmal wissen, welche von ihnen den Zusammenhang mit der Monarchie überhaupt wollen, der zu schaffende Ueberstaat oder Staatenstaat die Kraft zur wirksamen Tätigkeit und zu einer sich durchziehenden Gesamtleitung haben? Das ist der Kern des Problems, wobei die so wichtige Frage, was aus den großen Minderheiten in Böhmen, in Mähren, in Galizien und in den Alpenländern werden soll, ohne richtige Lösung zum Verhängnis werden kann.

Die dreißig Abgeordneten werden ihre Meinung auch darüber abzugeben haben, was jetzt geschehen soll, wenn Präsident Wilson die Frage aufwerfen würde, ob wir eine Volksregierung haben. Der von ihm verkündete Grundsatz des Interventionsrechtes in die inneren Angelegenheiten der Monarchie wird bereits so wie in Deutschland ohne Anwendung hingenommen. Empfindlichkeit haben wir uns rasch abgewöhnt. Die Abgeordneten dürften veranlaßt werden, sich

darüber auszusprechen, ob eine Volksregierung, zusammengeleitet aus Mitgliedern sämtlicher Parteien, mit der Bestimmung, den alten Staat zu liquidieren und den Uebergang zum neuen einzuleiten, gebildet werden solle.

Die Tschechen erklären jedem, der es hören will, daß sie durch ihre Vertreter an einer solchen Volksregierung nicht teilnehmen wollen. Die Polen haben in Gegenwart von zwei österreichischen Ministern und mit deren Zustimmung den Staatsstreich des Regentensrates in Warschau so freudig begrüßt, daß sie für eine österreichische Volksregierung kaum noch das nötige Interesse hätten. Von den Südslawen haben wir gestern in der Debatte gehört, daß sie frei sein wollen von jeder Fremdherrschaft, sie verlangen ihr eigenes nationales Parlament, ihre eigene nationale Regierung, ihren eigenen souveränen Nationalstaat.

Es zeigt sich, daß die slawischen Volksstämme sich in keiner Weise zu binden gedenken, bevor die Antwort des Präsidenten Wilson an die Monarchie eintrifft, und daß sie ihre Hoffnungen auf die Friedenskonferenz setzen. Die Wahrheit ist, daß die innere Politik von Oesterreich, wenn sie in gleicher Weise sich fortentwickelt wie in den letzten Tagen, nicht von uns, sondern in dem Friedensvertrage bestimmt werden wird.

## Die Gerüchte über die Ministerkrise in Ungarn.

### Die Frage der Personalunion.

Wien, 11. Oktober.

Die Gerüchte über eine Ministerkrise in Ungarn hängen ebenfalls mit der Friedensfrage zusammen. Es handelt sich darum, ob eine Konzentration sämtlicher Parteien oder nur eine Vereinigung zwischen der Arbeitspartei und einzelnen Gruppensplittern möglich sei. Davon werden die Veränderungen im Ministerium abhängen. Wenn die Konzentration durch den vom Kaiser berufenen Magnatenhauspräsidenten Herrn v. Blaffies gelingen sollte, würde Dr. Wekerle sich zurückziehen. Wenn es bei der Fusion bliebe, würde er als der geeignete Mann in seinem Amte bleiben.

Noch wichtiger als die Ministerfrage ist für Oesterreich die Tatsache, daß schon jetzt ganz maßvolle und erfahrene Persönlichkeiten den Zusammenbruch des Dualismus, des wirtschaftlichen Ausgleiches, der im Frieden den freien Verkehr sicherte, und die vollständige Trennung in Gestalt der Personalunion ankündigen. Herr v. Koerber hat als Ministerpräsident davor gewarnt, dieses Wort in den Mund zu nehmen. Er wird jetzt in Ungarn von den ehemaligen verlässlichen Anhängern dualistischer Einrichtungen in den